



Stellungnahme zur Verabschiedung des Haushalts der Stadt Ansbach 2017

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren!

Die Erklärungen zur Verabschiedung des Haushalts unserer Stadt sind nicht selten Generalabrechnungen mit der politischen Konkurrenz, Anprangerung von Fehlern der anderen oder Beweihräucherung vermeintlicher eigener Leistungen. Darauf werden wir heute verzichten. Denn: die Lage ist zu ernst. Wir stehen vor Herausforderungen, die wir zu lange liegen haben lassen. Vor Aufgaben, die wir jetzt gemeinsam anpacken müssen.

In Ansbach hat die Kinderarmut einen neuen Höchststand erreicht. Über 15 Prozent unserer Jugend wächst in Hartz-4 auf; die bayernweit zweitgrößte Steigerung in diesem Bereich. Den größten Anstieg im Freistaat weist Ansbach bei der privaten Verschuldung auf: 10,7 Prozent der hier lebenden Menschen gelten als überschuldet. Die Reallöhne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserer Stadt sind gesunken –und das stärker als anderswo. Wir sind in Mittelfranken Schlusslicht beim verfügbaren Einkommen.

Eine wachsende Zahl an Menschen kann von ihrer Hände Arbeit sich und ihre Familien nicht mehr ernähren und muss aufstocken. Immer mehr Seniorinnen und Senioren können von ihrer Rente nicht mehr leben und müssen Grundsicherung beantragen. Nun holen uns auch die Schatten der Vergangenheit ein: 44 Prozent der Sozialbindungen bei den dereinst privatisierten Kommunalwohnungen laufen in den kommenden Jahren ab. Das heißt: Nahezu die Hälfte der Ansbacher Sozialwohnungen wird demnächst verschwinden.

Diese Fakten nennen wir nicht zum ersten Mal. Nicht zum ersten Mal erinnern wir daran, dass auch die Kommune Kitt sein kann, Kitt sein muss für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Und es ist gut, dass wir neuerdings gemeinsam eine zentrale Aufgabe der Daseinsvorsorge anpacken wollen: Der Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums für Ansbach. Lassen Sie uns in den kommenden Monaten dafür arbeiten, dass die Rückkehr unserer Stadt als Akteurin auf den lokalen Immobilienmarkt nach 15jähriger Abstinenz erfolgreich gestaltet werden kann.

Die zunehmende soziale Spaltung verunsichert die Menschen. Statt die Situation schönzufärben sind gut beraten, im Rahmen unserer Möglichkeiten Zugang zu öffentlichen Angeboten zu schaffen. Wir begrüßen, dass die Verwaltung Vorschläge zur Stärkung der Teilhabe machen will, und laden Sie dazu ein, die nötigen Mittel in die Hand zu nehmen. Kinderarmut hat die Stadt sicherlich nicht primär zu verantworten. Aber wir haben es in der Hand, dass jedes Kind etwa das Aquella besuchen und Vereinssport treiben kann.

Wir haben es auch in der Hand, Bildung nach Kräften zu fördern. Für die Abschaffung der Kindergartengebühren und die Einrichtung einer zweiten städtischen KiTa hat es zwar noch nicht gereicht. Doch sind die Sanierungsmittel für die Luitpoldschule ein wichtiger Schritt im baulichen Bereich. Dass es durch die Annahme unseres Antrags auch noch zu einem etwas verschämten Nachschieben des Eyber Pausenhofs durch die CSU kam, nachdem diese kein einziges Projekt im Schulbereich auf dem Schirm hatte, ist umso bemerkenswerter.

Ein Vorschlag zur Güte: Springen Sie doch endlich über ihren Schatten, aus ideologischen Gründen keinem OLA-Haushaltsantrag zuzustimmen. Das gilt gerade bei Bildung und Sozialem. Wir haben doch gemeinsames Interesse daran, dass rechts von der CSU auch weiterhin der Getränketisch ist und nicht ein blau-brauner Sumpf.

Sehr geehrte Damen und Herren,
gemeinsame Interessen haben sich im Laufe des Jahres auch beim Klinikum herausgebildet. Eine deutliche Mehrheit unseres Hauses hat erkannt, dass uns Beraterfirmen, die auf Kosten

von Patienten und Mitarbeitern sagenhafte 25 Millionen Euro binnen sechs Jahren verdienten, geblendet haben. Die Mär von der Macht eines expansiv handelnden Klinik Konzerns, das auf Kosten anderer gemeinnütziger Krankenhäuser in der Region und auf Kosten benachbarter kommunaler Häuser glorreiche Zeiten herbei wirtschaftet, hat vor drei Jahren leider zu viele von uns benebelt.

Wir haben darüber vergessen, dass wir die Gesundheitsversorgung der Menschen nicht dem Spiel der Märkte überlassen dürfen. Damit haben wir viel Vertrauen verspielt.

Zweifellos handelten die fachlich und politisch Verantwortlichen in den Verwaltungsräten gemäß den Mechanismen einer Gesundheitspolitik der Bundesregierung, die darauf zielt, mittels ruinösem Wettbewerb die Zahl der Krankenhäuser erheblich zu reduzieren.

Anstatt aber zu erkennen, dass gerade im dünn besiedelten Westmittelfranken nur Kooperation zwischen Klinikträgern, niedergelassenen Ärzten und der Mitarbeiterschaft im Pflegedienst auf Augenhöhe die Versorgungsdichte und -qualität sichern kann, haben wir fahrlässig dem Konkurrenzgedanken gefrönt.

Das Ergebnis liegt auf dem Tisch. Und es ist bodenlos. Monat für Monat. Eine übergroße Mehrheit dieses Hauses will umsteuern, korrigieren, die Strategie ändern. Das ist zwingend erforderlich; und zwar jenseits von Privatisierungsgetrommel aus der Landkreis-CSU. Die Verwaltungsräte haben ihre Arbeit nach bestem Wissen und Gewissen für unsere Stadt geleistet, davon bin ich überzeugt. Niemand wird denjenigen einen Vorwurf machen, die den Weg inhaltlich oder personell frei machen für einen Neuanfang im Sinne der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, den Beschäftigten im Klinikum und der großen Mehrheit unseres Rates.

Nicht nur das Klinikum ist verantwortlich für das Rekordvolumen dieses Haushalts, das mit einer Rekordneuverschuldung noch hinter der Investitionskraft des Vorjahres zurückbleibt. Fünf Millionen Miese stehen zu Buche. Und den ehemaligen Gralshütern der schwarzen Null, den Konservativen aus SPD und CSU, fällt nichts Besseres als Schulden sowie mittelfristig PPP an Bauhof&Co zur Deckung ein. Diese Politik auf Pump führt zu einem Harakiri-Haushalt.

Weniger die 2017 ohnehin nicht umsetzbaren Phantomposten für das einzige konkrete Projekt der doch recht schnell pomadig gewordenen Koalition, den Rezatparkplatz, sind das Problem. Vielmehr mangelt es an Gleichgewicht zwischen Fremdkapitalaufnahme, die durchaus zu Niedrigzinszeiten für Klinikum und Wohnungsbau vertretbar ist, und einer notwendigen Stärkung der Einnahmeseite durch Heranziehung von hohen Unternehmensgewinnen wie der der Banken.

Nur wenn wir die drei Dimensionen der Kommunalfinanzierung Sparsamkeit, Kreditaufnahme und Einnahmestärkung in ein gesundes Verhältnis bringen, sichern wir die dauerhafte Leistungsfähigkeit unserer Stadt. Davon sind wir trotz deutlichen Hinweisen aus dem Finanzreferat derzeit meilenweit entfernt. Der Haushalt enthält wichtige Projekte, die vielerorts auf unsere Initiative hin eingestellt sind und die wir weiterhin gewohnt konstruktiv begleiten werden. Wir haben klare Finanzierungsvorschläge gemacht: Wir wollen die starken Schultern unserer Stadt für die Gemeinwohlaufgaben mehr einbinden.

Dass diese Position inzwischen potenziell mehrheitsfähig ist, haben viele Kollegen zwar bekundet, etwa aus der SPD. Anstatt Führungsqualität für eine seriöse und stabile Finanzierung angesichts der ernststen Herausforderungen zu zeigen, wartet diese lieber auf ein Signal der OB. Ob das ein Signal von Handlungsunfähigkeit oder persönlicher Freundschaft ist, können Sie, Frau Oberbürgermeisterin, doch nächstes Jahr austesten: Hören Sie einfach mal auf die Signale unseres Kämmerers.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, wir stehen am Ende eines nicht immer einfachen Jahrs für Ansbach. Besonders der 24. Juli hat uns allen einiges abverlangt. Wir finden: Stadt und Behörden, Helfer und Bevölkerung haben in diesen kritischen Stunden und Tagen hervorragend reagiert. „Unseren Hass bekommt ihr nicht“, war die Botschaft, die von Ansbach um die Welt ging. Zurecht hat diese Haltung unserer Stadtgesellschaft nicht wenigen Berichterstattem Respekt abgenötigt.

Gegenseitiger Respekt der Meinungen, der Lebenserfahrungen und kulturellen Prägungen sollten uns auch bei der Aufgabe der Integration leiten. Nicht Hautfarbe, Religion, Geschlecht oder Parteibuch sind der Boden demokratischen Zusammenlebens, sondern einzig und allein das deutsche Grundgesetz und die Verfassung des Freistaats.

Klar ist: Niemand kann Fluchtbewegungen gut finden. Denn sie sind Ausdruck von Armut, Ausbeutung und vor allem: von Krieg. Und die Zahl der bewaffneten Konflikte in der Welt steigt unaufhörlich seit der sog. „Regime Changes“ US-geführter Koalitionen in Afrika und Asien an. Ansbach als größte US-Kampfhubschrauberbasis außerhalb der USA war und ist Teil dieser Kriege.

Wenn wir Fluchtursachen beseitigen wollen, müssen Kriege beendet und Konflikte friedlich gelöst werden. Die zivile Umnutzung von derzeit militärisch blockierten Flächen innerhalb der Stadtgrenzen kann dafür ein kleiner Schritt sein. Zumal die große Mehrheit der Menschen nicht bereit ist, unseren Boden dem künftigen Oberbefehlshaber der US-Armee, Donald Trump, zur Verfügung zu stellen. Daher arbeiten wir weiterhin gemeinsam mit der Bevölkerung dafür, dass künftige Haushalte neben dem heuer eingestellten Posten „Konversion Barton-Kaserne“ auch Mittel für die Konversion in Katterbach umfassen möge.

Unser Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung für ihre guten Dienste; allen voran Herrn Schwarzbeck mit dem gesamten Team der Kämmerei. Wir wünschen Ihnen alle friedvolle Feiertage zum Jahresende und einen engagierten Start in 2017.

Ansbach, 05. Dezember 2016

Boris-André Meyer, Fraktionsvorsitzender